



Heidemia ONODI
LANDESHAUPTMANN-STELLVERTRETERIN

ST. PÖLTEN, AM 2. 12. 2002

3109, LANDHAUSPLATZ 1

TELEFON: 02742 / 9005 - 12210

FAX: 02742 / 9005 - 13560

eMail: post.lhstvonodi@noel.gv.at

GZ: B. Onodi-AP-7/044-2002

Herrn
Präsident
Mag. Edmund Freibauer

im Hause

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 03.12.2002

zu Ltg.-1049/A-4/177-2002

~~Ausschuss~~

Betreff: Anfrage des Abgeordneten Dr. Michalitsch betreffend
**Forderungsprogramm des Landes NÖ an die
Bundesregierung; Ltg.-1049/A-4/177-2002**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Anfragen des Abgeordneten Dr. Michalitsch betreffend Forderungsprogramm des Landes NÖ an die Bundesregierung beantworte ich wie folgt:

Das Forderungsprogramm des Landes NÖ an die Österreichische Bundesregierung wurde in der Sitzung der NÖ Landesregierung einstimmig mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder der NÖ Landesregierung beschlossen.

Im Rahmen der von der Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung mir bzw. meinen Vorgängern in diesem Ressort zukommenden Kompetenzbereichen wurden mit den zuständigen Bundesministerien bzw. den ihnen unterstehenden Fachabteilungen seit dem Regierungsbeschluss vom 21. 3. 2000 folgende Bereiche verhandelt, um die Interessen zugunsten des Bundeslandes NÖ nachhaltig zu wahren. Daneben wurden auf Landesebene entsprechende politische Initiativen gesetzt, welche die Position Niederösterreichs gegenüber dem Bund grundsätzlich gestärkt haben.

- ÖKAP/Aufnahme der Wünsche des Landes NÖ
- Sanitätergesetz/Minderung der Ausbildungskosten
- Ambulanzgebühren/Aufnahme einer Reihe von zusätzlichen Ausnahmebestimmungen
- Apothekengesetz/Anregung auf Gesetzesänderung
- Clearingstelle Mödling/Kostenübernahme, noch nicht endgültig abgeschlossen
- Programm Ländliche Entwicklung/Einbindung der Länder
- Natura 2000/Meldung der alpinen und kontinentalen Gebiete, Vertragsverletzungsverfahren
- Nationalpark Thayatal/Entschädigung
- Life-Projekt Wildnisgebiet Dürrenstein

Darüber hinaus wurden in dieser Zeit auch Forderungen aus den Zuständigkeitsbereichen anderer Mitglieder der NÖ Landesregierung insbesondere die Anhebung des Personalstandes der Bundesgendarmerie und die Verbesserung und Anhebung des Standards in der technischen Ausstattung sowie die Sicherstellung eines effizienten Grenzschutzes voll unterstützt. Die Weiterführung des Assistenzeinsatzes des Österr. Bundesheers für das Jahr 2003 wurde letztendlich erreicht. Leider konnte die Bundesregierung nicht davon überzeugt werden, dass in der niederösterreichischen Bevölkerung ein großes Bedürfnis nach Sicherheit besteht und die Menschen ein Schließen von Gendarmerieposten nicht befürwortet haben. Ganz im Gegenteil wurden nicht weniger als 37 Gendarmerieposten in NÖ geschlossen, Dienstposten eingespart und ebenso die Mittel für die technische Ausrüstung gekürzt.

Betreffend Flüchtlingsproblematik und Schubhäftlinge kam es trotz vieler Kontakte zu keiner einvernehmlichen Lösung mit dem Bund – die aktuellen Probleme im Rahmen der Flüchtlingsbetreuungsstelle und des -lagers Traiskirchen sind bekannt.

Die Forderung nach einem Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Unternehmen, wie dies im Forderungsprogramm des Landes NÖ

enthalten ist, konnte aufgrund eines sozialdemokratischen Initiativantrags im NÖ Landtag, der mit Mehrheit beschlossen wurde, neuerlich in Diskussion gebracht werden, auf Bundesebene konnte diese Forderung allerdings nicht realisiert werden

Betreffend Infrastruktur und Ausbau der Verkehrswege kam es auf Initiative der SPÖ-Regierungsmitglieder zu einer Neuauflage des NÖ Landesverkehrskonzeptes mit weitreichenden Änderungen in der Prioritätensetzung bzw. entsprechender Forderungen an die Bundesregierung. Auch hier muss leider eine anders gelagerte Prioritätensetzung seitens des Bundes konstatiert werden – anzusprechen seien hier beispielhaft der Stopp der Güterzugumfahrung St. Pölten, die Verschiebung des Baubeginns der Nordautobahn, Kürzungen im Rahmen des Ausbaus bzw. der Erhaltung des hochrangigen Straßennetzes und noch immer ausstehende Beschlüsse betreffend Ausbau des hochrangigen Schienennetzes in Ostösterreich. Im Rahmen der Nahverkehrsfinanzierung – eine wichtige Forderung des Landes NÖ – stellte der Bund keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung – ganz im Gegenteil suchte der Bund den Absprung aus wichtigen gemeinsamen Organisationen, wie beispielsweise den VOR. Ebenso wurden zahlreiche Nebenbahnen und Buslinien durch Maßnahmen des Bundes bzw. Einflussnahmen auf die Träger des öffentlichen Nahverkehrs in Niederösterreich geschlossen oder aufgelassen. Gerade in dieser Frage haben sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder intensiv eingesetzt.

Im Bereich der Wohnbauförderung ist es gelungen, das Vorhaben des Bundes, die Wohnbauförderungsmittel zu kürzen und letztendlich über Jahre hinweg komplett abzuschaffen, zu verhindern. Dies wäre ein massiver Schlag gegen Niederösterreich und seine Interessen gewesen, zumal unser Bundesland nicht nur weiter einen großen Bedarf für den sozialen Wohnbau hat, werden doch auch Tausende Arbeitsplätze mit dem sozialen Wohnbau gesichert und der Wirtschaft wertvolle Impulse verliehen.

Im Bereich der Finanzpolitik gibt es praktisch kein Eingehen des Bundes auf die niederösterreichischen Forderungen. Ganz im Gegenteil erfolgten zusätzliche Belastungen für die Länder, ja im besonderen Ausmaß auch für die Gemeinden. Eine Kompensation des Wegfalls der Getränkesteuer für die NÖ Gemeinden blieb aus, eine entsprechende Berücksichtigung der Interessen der Kommunen in den

Finanzausgleichsverhandlungen fand nur in geringem Ausmaß statt. Ebenso erfolgte trotz massiver Bemühungen keine Aufstockung der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds, was um so bedenklicher ist, als auch die Investitionen in die öffentliche Wasserver- und -entsorgung Arbeitsplätze sichern und wichtige Aufträge für die Wirtschaft bedeuten.

Meine Vorgänger in diesem Ressort und ich haben auch alle Wünsche des Landes NÖ im Zusammenhang mit den Atomkraftwerken Bohunice in der Slowakei und den Atomkraftwerken in Tschechien voll mitgetragen und voll unterstützt, auch wenn diese Regierungsbeschlüsse aufgrund der Geschäftsordnung vom Landeshauptmann an die Bundesregierung offiziell herangetragen wurden. Selbstverständlich haben wir auch persönliche Kontakte in dieser Frage zu in- und ausländischen Regierungsmitgliedern genützt, um die Interessen des Landes NÖ bzw. die Anliegen der niederösterreichischen Bevölkerung zu vertreten, allerdings stets unter Bedachtnahme auf Art. 43 der NÖ Landesverfassung.

Diese Kontakte wurden auch gepflegt, um die Erweiterung der Europäischen Union mit der tschechischen und slowakischen Republik vorzubereiten. In einer Reihe von Veranstaltungen wurden die Synergien für Österreich und die Beitrittsländer hervorgehoben. Hinsichtlich der Schaffung zusätzlicher Grenzübergänge gab es zahlreiche politische Kontakte.

Wenn nun eine neuerliche Änderung des Gesetzes zur Aufbringung zusätzlicher Mittel für die Krankenanstaltenfinanzierung für das Jahr 2003 bzw. 2004 notwendig ist, so wird auch diese – wie im Jahr 2000 bereits geschehen – gemeinsam von Landeshauptmann und Gesundheitsreferenten eingebracht und an den zuständigen Bundesminister herangetragen werden müssen, um klarzulegen, dass NÖ beim Abschluss einer künftigen Art. 15a B-VG-Vereinbarung einen größeren Anteil am Gesamtvolumen der Krankenhausfinanzierung benötigt, wodurch dem Finanzreferenten bei seinen Verhandlungen zum Finanzausgleich der Rücken entsprechend gestärkt wird.

Im Bereich der Naturschutz- und Umweltpolitik muss auf die Initiative gegen den Ausverkauf von Wald und Wasser hingewiesen werden, die von uns massiv unterstützt wurde, wodurch die österreichische Bundesregierung maßgeblich zu der Meinung geführt wurde, dass einem Ausverkauf der österreichischen Wälder und Seen nicht Vorschub geleistet werden dürfe. Von dieser Haltung wird gerade Niederösterreich mit seinen großen fortwirtschaftlichen Flächen stark profitieren.

Mit freundlichen Grüßen

Heidemaria Onodi

Landeshauptmann-Stellvertreterin